



Stopp Altersarmut
Bündnis gegen Altersarmut
in Baden-Württemberg

Dokumentation der Bündnis-Veranstaltung zur Landtagswahl 2021

Am Dienstag, 2. Februar 2021 von 17:30 bis 19:00 Uhr veranstaltete das landesweite Bündnis gegen Altersarmut in Baden-Württemberg – mit seinen 40 Bündnispartner*innen aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen in Baden-Württemberg – eine digitale Diskussionsrunde mit Parteien zur Landtagswahl am 14. März 2021.

Die Veranstaltung wurde im Live-Stream auf YouTube von vielen Interessierten mitverfolgt. Moderiert wurde die digitale Diskussionsrunde von Susanne Wenz, stellv. Landesbezirksleiterin von ver.di Baden-Württemberg.

Auf der Veranstaltung stand an diesem Abend nicht das Bundesthema nach einem Wechsel in der Rentenpolitik im Mittelpunkt, sondern der Handlungsbedarf auf landespolitischer Ebene in Sachen bezahlbarer und altersgerechter Wohnungsbau, Wohnungsnot, Bildung und Chancengleichheit als auch guter Arbeit und Pflege.

Susanne Wenz begrüßte die anwesenden Vertreter*innen der eingeladenen Parteien aus Baden-Württemberg, um mit ihnen folgenden Fragen zu diskutieren: Wie soll man sich vor Altersarmut schützen? Wer kann sich noch einen bezahlbaren, barrierefreien und altersgerechten Wohnraum leisten? Ist Pflege zum Armutsrisiko geworden?

Im Anschluss erfolgte als Einstieg jeweils ein Erfahrungsbericht aus Sicht von Betroffenen zu den ausgewählten sozialen Themen. Nach dem Film übergab Susanne Wenz das Wort an Ursel Wolfgramm.

Im ersten Redebeitrag ging Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des PARITÄTISCHEN - Landesverband Baden-Württemberg e.V., auf die Forderungen des Bündnisses zum Thema Bildung und Chancengleichheit ein. „Bildung ist eines der wichtigsten immateriellen Güter in einer Gesellschaft“, da sie maßgeblich zur sozialen Teilhabe beiträgt. Die moderne Gesellschaft wird immer komplexer und es sind zunehmend neue Kompetenzen und Fähigkeiten von Bedeutung, damit das Individuum im digitalen Zeitalter bestehen kann. Der Bildungserfolg in einem reichen Bundesland wie Baden-Württemberg hängt immer noch vom Geldbeutel der Eltern ab – das ist ein Skandal, stellt Ursel Wolfgramm fest. Ansonsten wird „Armut vererbt“, so Ursel Wolfgramm. Daher fordert das Bündnis die Einführung einer Kindergrundsicherung und stellt die Frage nach den konkreten Plänen der Parteien, um mehr Chancengleichheit zu schaffen.

Für den Minister für Soziales und Integration von Baden-Württemberg, Manfred Lucha, vom Bündnis 90/Die Grünen ist die Chancengleichheit eine essentielle Frage. „Der Bildungserfolg kann und darf nicht abhängig sein von der Herkunft des jungen Menschen“, so der Minister. Soziale Ausgrenzung, Armut und besonders Kinderarmut sind eine landespolitische Herausforderung. Es gilt daher Kinderarmut zu bekämpfen und gleiche Startchancen zu schaffen. Dies sollte über niederschwellige Hilfe zur Selbsthilfe erfolgen, wie gute Sozialarbeit in der Schule und andere individuelle Förderungen und Zugang zu digitalen Schulungsangeboten. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat das Jahr 2020 zum Aktionsjahr „Starke Kinder – chancenreich“ gemacht, erinnerte der Minister. Auch hat sich die Landesregierung bei der Bundesratsinitiative mit 15 Bundesländern beteiligt, die Initiative hat sich für ein Konzept einer umfassenden und unbürokratischen Grundsicherung für Kinder ausgesprochen. Zudem fördert die Regierungskoalition seit 2019 kommunale und regionale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut. „Wir brauchen flächendeckend einen Ausbau der Netzwerke“, so der Minister.

Anschließend nahm sich Stefan Teufel, MdL, stellv. Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Arbeitskreises Soziales und Integration der CDU in Baden-Württemberg, mit Bezug auf die bereits vorgetragenen Aktivitäten der Landesregierung gegen Kinderarmut dem Thema an. Stefan Teufel betont die hohe Relevanz von Bildung und Teilhabe. „Die Landespolitik muss weiterhin dafür sorgen, dass wir wirkliche Lebensverhältnisse in Stadt und Land in Baden-Württemberg auch in Zukunft haben“, so Stefan Teufel, damit die junge Generation unabhängig vom Wohnort gleiche Zukunftschancen hat. Die Weiterentwicklung der frühkindlichen Betreuung, der Betreuungsangebote und der schulischen Sozialarbeit von Seiten der Landesregierung sieht er als wichtige Bausteine zur Schaffung von Chancengleichheit an. Die Durchlässigkeit muss im Schulsystem gegeben sein. Im Kern geht es darum, dass die Teilhabe der gesamten Familie – gerade Familien mit geringerem Einkommen – ins Zentrum der Politik rücken muss. Die CDU sieht zudem das Thema Familiengeld und Landesfamilienpass als wichtig an.

Sabine Wölfle, MdL, stellv. Fraktionsvorsitzende und Sozialpolitische Sprecherin der SPD in Baden-Württemberg, griff die Einführung von Ursel Wolfgramm auf und betonte, dass Bildung das stärkste Instrument gegen Armut ist. „Für mich als Sozialdemokratin ist das ein ganz starkes Thema“, so Sabine Wölfle. Aber weiterhin liegt der Erfolg der Bildung an den Rahmenbedingungen und nicht an der Intelligenz der Kinder. Sie erinnerte daran, dass unter der Regierungskoalition von Bündnis 90/ Die Grünen und SPD 2011 das Modell der Gesamtschulen eingeführt wurde. Dieses Modell hatte sich bewährt, jedoch kritisierte sie die aktuelle Bildungspolitik der Landesregierung. Insbesondere sind die Ganztagesangebote auszubauen aber dabei muss die „Bildung und nicht die Betreuung“ im Mittelpunkt stehen. Sie verwies auf das bundesweite SPD-Konzept zur Kindergrundsicherung, dabei geht es nicht rein um finanzielle Unterstützung. „Kinder dürfen nicht aus finanziellen Gründen von Dingen ausgeschlossen werden“, sollte der Grundgedanke bei allen Überlegungen sein. Das Konzept beinhaltet daher zusätzliche Leistungen für die soziale Teilhabe, wie zum Beispiel die Gebührenfreiheit bei den Kitas aber auch andere Teilhabeleistungen für Kultur oder Mobilität. Die Corona-Pandemie und der digitale Heimunterricht haben „ganz brutal gezeigt“, dass es eine Ungleichheit bei der Teilhabe von Kindern aus armen Familien gibt. Hier besteht ein wesentlicher Handlungsbedarf.

Jürgen Keck, MdL, Sozialpolitischer Sprecher der FDP/DVP Fraktion in Baden-Württemberg, zeigte anschaulich auf, dass Bildung, Teilhabe und Armut sowie Chancengleichheit eng miteinander verbunden sind. „Vieles hängt von der Bildung ab und wir müssen mehr dafür tun, dass es durchgängig von den Kindergärten bis zu den

weiterführenden Schulen tatsächlich stattfinden kann“, mahnt Jürgen Keck in Bezug auf die Chancengleichheit. Bereits in der frühkindlichen Bildung muss daher mit gezielten Förderungen angesetzt werden, um Chancengleichheit zu schaffen, so seine Meinung. In diesem Kontext spricht er sich gegen eine Gebührenfreiheit bei Kitas aus. Weiterhin bestimmt das soziale Gefüge des Elternhauses die Chancengleichheit. Er mahnt aber auch, dass das Gefälle zwischen Stadt und Land behoben werden muss. Bereits beim Thema digitaler Unterricht zeigt sich diese Diskrepanz. Viele Haushalte auf dem Land haben keine Breitbandanbindung und somit ist die Teilhabe der Kinder gefährdet, selbst wenn ausreichend Endgeräte vorhanden wären. In Sachen Kindergrundsicherung spricht er sich für individuelle Förderung aus, da Bedarfe unterschiedlich sind. Sinnvoller wäre unter anderem ein Gutscheinsystem, damit gezielt kulturelle und schulische Aktivitäten gefördert werden könnten.

Sahra Mirow, Spitzenkandidatin der Partei DIE LINKE zur Landtagswahl in Baden-Württemberg stellte fest, dass Kinderarmut ein wichtiges Problem ist und massiver Handlungsbedarf besteht. 2018 war bundesweit jedes elfte Kind von Armut betroffen und 2020 ist es bereits jedes fünfte. „Kinderarmut ist natürlich auch Elternarmut“, gab sie zu bedenken. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund sind davon betroffen. DIE LINKE fordert schon sehr lange eine eigenständige Grundsicherung für Kinder. Das Konzept der Gesamtschulen ist ein wichtiges Instrument, um Chancengleichheit zu schaffen. Ansonsten hängt der Bildungsstandard weiterhin von der Herkunft und dem Geldbeutel ab. Auch zeigen die aktuellen Defizite in der Bildungspolitik die Notwendigkeit eines Kurswechsels auf. „Gebührenfreie Bildung muss das Leitmotiv sein“, so Sahra Mirow.

Nach einer kurzen Zusammenfassung von Susanne Wenz führte Dr. Annette Noller, Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks der evangelischen Kirche in Württemberg e.V., in das zweite Diskussionsthema des Abends „bezahlbares Wohnen und Wohnungsmangel“ ein. Seit Jahren zunehmender Mangel an verfügbarem und bezahlbarem Wohnraum trifft Jung und Alt. Die Pandemie zeigt uns erneut den Stellenwert von Wohnen auf. Die Mieten in Deutschland steigen weiter. Das statistische Bundesamt meldete zuletzt einen Anstieg von 6,6 Prozent bei Immobilienpreisen auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt. Die Prognos-Studie von 2017 stellt fest, dass jährlich in Baden-Württemberg 1.500 Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen. Dagegen wurden in den letzten Jahren nur ca. 1.000 neue Sozialwohnungen geschaffen. Im Jahr 2020 wurden 3.000 Anträge auf neue Sozialwohnungen gestellt, aber laut dem Pestelinstitut würden 6.000 Wohnungen benötigt werden, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum abzudecken. Aber auch in Sachen altersgerechtem Wohnungsbau benötigen wir laut einer Hochrechnung im Jahre 2040 mindestens 500.000 Wohnungen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die Wohnraumallianz der Landesregierung und die Förderung von Wohnraum, dennoch stellt das Ministerium selbst fest, dass es noch Jahre dauern wird die Lücke zu schließen. Annette Noller erinnert daran, dass hohe Mieten ein Armutsrisiko darstellen und zu einem Mangel an Teilhabe führen. Viele dieser Menschen können sich die steigenden Mieten nicht mehr leisten. „Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass angemessener, altersgerechter und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht?“

In Sachen sozialer Wohnungsbau und Wohnungsmangel waren sich alle Vertreter*innen der Parteien einig, dass ein Handlungsbedarf besteht.

Manfred Lucha betont nochmals das starke Wohnbauförderprogramm mit 250 Millionen Euro der Landesregierung. Bis Ende 2021 wird daher rund 1 Milliarde Euro investiert sein. „Es war ein zähes Ringen um die Landesbauordnung, um auch Hemmnisse abzubauen.“ Ziel war es, den barrierefreien, altersgerechten und bezahlbaren Wohnungsbau zu stärken,

erklärte der Minister. „Die neue Landesregierung wird den Anteil an preisgünstigen Wohnungen am Markt erhöhen müssen – im geförderten wie im freige förderten Bereich.“ Aber es bedarf weiterer Anreize für den ökologischen und sozialen Wohnungsbau und Mehrgenerationenwohnkonzepte, so Manfred Lucha. Die bisherige Einbindung der Wohnbaugenossenschaften und des Quartiersmanagements sieht er als unabdingbar an, um beim sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau voranzukommen.

Für Stefan Teufel ist Wohnen eine soziale Frage der Gegenwart und ein wichtiges Thema für die kommende Legislaturperiode. Um den sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, sieht er die Weiterführung der Wohnungsbauallianz als ausschlaggebend an. Zudem müssen Landesprogramme die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in Stadt und Land berücksichtigen – insbesondere im Hinblick auf die Quartiersentwicklung und Digitalisierung. Aus diesem Grund setzt sich die CDU für die Weiterführung der Wohnraumallianz auch in der nächsten Legislaturperiode ein. Die CDU setzt sich für eine Steuersenkung beim Ersterwerb für Wohneigentum ein, um gerade für jüngere Menschen Anreize zu schaffen. Die Grunderwerbssteuer soll daher von 5 auf 3,5 % abgesenkt werden. Es bedarf aber auch der Erhöhung des Bestandes an Sozialwohnungen in Baden-Württemberg.

Hohe Mieten sind für Familien und ältere Menschen eine finanzielle Belastung, so Sabine Wölfle. Bezahlbarer Wohnraum betrifft nicht nur Sozialwohnungen, sondern mittlerweile quer durch die Gesellschaft viele Menschen. Insbesondere in Ballungsräumen steigen die Mieten seit Jahren. „Wenn man schon 30 Prozent seines Einkommens für Miete ausgeben muss, dann wird es kritisch“, so die SPD-Politikerin. Der Bedarf an Sozialwohnungen zeigt das Defizit in der aktuellen Wohnraumpolitik. Die SPD hat sich von Anfang an für die Gründung einer eigenen Landeswohnungsbauengesellschaft ausgesprochen, um gemeinsam mit den Kommunen den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Im Bestand muss man den Kommunen auch helfen, dass Zweckentfremdungsverbot durchzusetzen, um Wohnraum zu schaffen. Bei der Verschlinkung der Landesbauordnung hatte die SPD dafür gesorgt, dass es nicht zu Lasten der Barrierefreiheit geht. Die SPD fordert, dass mindestens 50.000 bezahlbare Wohnungen pro Jahr und davon mindestens 5.000 Sozialwohnungen geschaffen werden.

„Barrierefreiheit darf man nicht vergessen“, erinnerte Jürgen Keck. Davon profitieren behinderte und ältere Menschen. Gerade ältere Menschen benötigen bezahlbare und altersgerechten Wohnraum. Zudem besteht ein hoher Bedarf an Sozialwohnungen. „Einfach Bauen“ ist nicht so einfach, denn Baugrund ist extrem knapp. Daher müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden und ein kommunales Baulückenmanagement eingeführt werden, damit die Baulücken bebaut werden. In diesem Kontext befürwortet die FDP eine Grunderwerbssteuersenkung von 5 auf 3,5 Prozent. Gerade in den bebauten Gebieten muss man daher auch in die Höhe bauen, um bezahlbaren Wohnraum mit guter Anbindung zu schaffen. „Es gibt noch viele Möglichkeiten, die man ausnutzen sollte“, so Jürgen Keck abschließend.

„Wohnen muss in die öffentliche Hand zurück“, forderte Sahra Mirow. Die Erfahrungen aus Berlin belegen diese Forderung. „Bezahlbares Wohnen ist eine soziale und ökologische Frage“, so Sahra Mirow. „Es reicht nicht aus Mittel einzustellen, wenn diese Mittel nicht abgerufen werden, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.“ Die Kommunen müssen besser unterstützt werden. Ein Defizit sieht sie auch bei der Förderung von ökologischem und sozialem Wohnungsbau. „Wir brauchen einen richtigen Schnitt beim Thema Soziales Wohnen. Wir müssen wirklich darüber sprechen, dass man die öffentliche Seite stärkt,“ so Sahra Mirow weiter.

Auch Barrierefreiheit wird unzureichend bei Neubauten umgesetzt, aber Barrierefreiheit bzw. Barriere-Armut nutzt allen Menschen.

Nach einem kurzen Resümee von Susanne Wenz folgten die Statements des Bündnisses gegen Altersarmut Baden-Württemberg zum Handlungsbedarf bei Arbeitsmarktpolitik und Pflege.

Martin Gross, Landesbezirksleiter von ver.di Baden-Württemberg: „Altersarmut ist die Armut die nicht wieder behoben werden kann.“ Das Rentenniveau sinkt weiter ab und die private Altersvorsorge ist gescheitert. „Ein wichtiger Baustein für eine auskömmliche Rente ist und bleibt gute Arbeit“, denn „prekäre Arbeit erhöht das Risiko der Altersarmut dramatisch“. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie zeigt sich diese Problematik deutlich. „Wir haben 1,4 Millionen Beschäftigte im Einzelhandel bei Kurzzeitarbeit null“, ermahnt Martin Gross. Der Niedriglohnbereich wächst weiter, Leiharbeit wird schlecht bezahlt. Aus diesem Grund fordert das Bündnis Schluss mit sachgrundlosen Befristungen, denn „diese führt auch auf dem Wohnungsmarkt zum Austritt bei der Wohnungssuche“. Gute Arbeit bedeutet eine unbefristete Beschäftigung mit Tarifvertrag. Wir brauchen Bildungsgerechtigkeit, lebenslange Qualifizierungschancen, eine Stärkung der Tarifbindung, einen höheren Mindestlohn und eine gleiche Bezahlung von Frau und Mann damit die Menschen in unserem Land eine Perspektive haben! Wir brauchen aber auch unbedingt eine Inklusionspolitik die den Menschen in die Gesellschaft einbindet.“

„Steigende Kosten der Pflege überfordern immer mehr pflegebedürftige Heimbewohner und Heimbewohnerinnen“, mahnt Roland Sing, Ehrenpräsident des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg e.V. „Denn sie müssen mit den nicht gedeckten pflegebedingten Kosten, den Kosten für Unterkunft und Verpflegung, den Investitionskosten und der Ausbildungsumlage den größten Teil selbst bezahlen, durchschnittlich 2461 Euro pro Monat in Baden-Württemberg. Das Land Baden-Württemberg könnte in einem ersten Schritt mit dem Wiedereinstieg in die Investitionskostenförderung pflegebedürftige Heimbewohner entlasten. Wir sind der CDU-BW sehr dankbar, dass sie sich in ihrem Regierungsprogramm 2021 zu der Investitionsförderung für Krankenhäuser und Pflegeheime bekennt. Die anderen Parteien haben hier noch einen großen Nachholbedarf!“ so Roland Sing. In einem zweiten Schritt ist der Ausbau zur Pflegevollversicherung notwendig, um die steigende finanzielle Überforderung zu verhindern. Der Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil (EEE) auf 700 Euro zu deckeln, reicht bei Weitem nicht aus. Die Situation in der Pflege ist angesichts des Fachkräftemangels weder für Pflegenden noch für Pflegebedürftige länger hinnehmbar. Wir brauchen eine nachhaltige Personalsteigerung und eine angemessene Vergütung nach tariflichen oder tarifähnlichen Bedingungen. Doch dürfen steigende Personalkosten nicht einseitig den Pflegebedürftigen aufgebürdet werden. Darüber hinaus gilt es, pflegende Angehörige zu entlasten. Angehörige leisten einen wesentlichen Beitrag bei der Pflege und Betreuung pflegebedürftiger Menschen. Digitale Lösungen können die pflegenden Angehörigen und Pflegekräfte mit Hilfe des technologischen Fortschritts entlasten. Deshalb müssen die Empfehlungen des 8. Altersberichtes zeitnah umgesetzt werden. Insbesondere die alltagsunterstützenden Assistenztechnologien (AAL) müssen mehr Beachtung erhalten, damit Menschen mit Hilfebedarf länger selbstständig in ihren eigenen vier Wänden leben können. Die Finanzierung von Pflege verstehen wir als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Folgerichtig muss ein Finanzausgleich der gesetzlichen Pflegeversicherung mit der privaten Pflegeversicherung erfolgen. Roland Sing betonte, „Ziel muss es sein eine bedürfnisorientierte Pflege für jede Person finanziell sicherzustellen!“

Susanne Wenz leitete mit einer klaren Fragestellung die Diskussionsrunde zum Thema „gute Arbeit und Pflege“ mit den Politikern*innen ein.

Manfred Lucha stellte fest: „Wir müssen von Arbeit aktuell leben können und die Arbeit ist die Grundlage unserer Altersversorgung“. Es darf keine prekären Arbeitssituationen geben, daher hat die damalige Regierungskoalition Bündnis 90/Die Grünen mit der SPD 2011 das Tariftreuegesetz eingeführt. Der Niedriglohnsektor ist zu überwinden, damit alle von ihrer Arbeit leben können, so der Minister. Dies gilt auch für die Pflegeberufe, hier brauchen wir einen „Gesellschaftsvertrag für höhere Löhne“. In Sachen Pflegeversicherung spricht sich Manfred Lucha für das von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen unterstützte Modell des sogenannten Sockel-Spitze-Tauschs aus. Denn Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Ich möchte auch keine private Pflegeversicherung.“ In diesem Zusammenhang erläuterte er das von seiner Partei politisch unterstützte Sockel-Spitze-Tausch-Modell und begrüßte den Reformvorschlag von Herrn Spahn. Spahns Modell als ersten wichtigen Schritt, damit in Zukunft alles was in der Pflege qualitativ und tariflich festmacht ist (die Spitze) aus Steuermitteln und von der Pflegeversicherung bezahlt wird und die Betroffenen nur noch einen geringen Eigenbetrag (Sockel) entrichten müssen, so der Minister in seiner Zusammenfassung.

„Der effektivste Schutz vor Armut bleibt die Erwerbstätigkeit“, mahnt Stefan Teufel. Es wird eine gute Arbeitsmarktpolitik benötigt, stellt er weiter fest. Das Modell der dualen Ausbildung hat sich bewährt und auch die Digitalisierung bietet große Chancen, die genutzt werden müssen. Wiedereinstieg in die Investitionskostenförderung im Bereich der stationären Pflege, um die Pflegebedürftigen finanziell zu entlasten und ausreichend Angebote an Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege zu schaffen, dafür steht die CDU Baden-Württemberg. Aber auch die Leistung der Pflegenden muss gewürdigt werden, so der CDU-Politiker. Zudem sprach sich Stephan Teufel für das „Soziale Jahr für junge Menschen“ aus, damit junge Menschen die sozialen Berufe und das Arbeitsfeld kennenlernen.

Sabine Wölfle bezog sich auf das – vor einiger Zeit verabschiedete – Sozialstaatspapier der SPD. „Das Recht auf Weiterbildung ist uns unheimlich wichtig“, betont Wölfle. Sie sieht die Gefahr der Lücke bei den Löhnen. Es bedarf grundsätzlich mehr Tarifbindung und einer Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro: „Das ist das Minimum!“ Nicht ohne Grund hatte Regierungskoalition Bündnis 90/Die Grünen und SPD das Tariftreuegesetz eingeführt. Dies gilt gerade für den Bereich der Pflege. Ein Ziel muss „die Aufwertung aller Sozialberufe.“ Im Bereich der Pflege setzt sich die SPD für eine Förderung des ambulanten Bereiches ein, damit die Menschen länger zu Hause gepflegt werden können. „Es kann nicht sein, dass Menschen, weil sie zu Hause nicht mehr selbstständig leben können, tatsächlich den Weg in die stationäre Einrichtung gehen müssen, obwohl sie das noch gar nicht bräuchten.“ Daher muss der Schwerpunkt nach Ansicht der SPD mehr in die Unterstützungsangebote im ambulanten Bereich gelegt werden. Im stationären Bereich könnte das Land den Anteil an der Ausbildungspauschale übernehmen, dafür spricht sich die SPD-Politikerin aus.

Jürgen Keck sieht wesentlichen Handlungsbedarf, damit Männer und Frauen gleich bezahlt werden und prekäre Arbeitsverhältnisse gerade im Niedriglohnsektor nicht weiter zunehmen. Der Mindestlohn ist daher wichtig, doch sollte die Höhe individuell je nach Branchen festgelegt werden. Insbesondere die Pflegeberufe müssen mehr finanzielle als auch gesellschaftliche Anerkennung erhalten. „Anerkennung und dementsprechend die Wertschätzung müssen überall vorhanden sein“, so der FDP-Politiker. Dies sollte über die Bezahlung, einer Anpassung des Betreuungsschlüssels und adäquate Weiterbildungsangebote erfolgen. „Die Digitalisierung könnte da hilfreich sein, um die Pflegenden bei ihrer Arbeit und bei der anfallenden Bürokratie zu entlasten. Denn die Pflege

ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Daher spricht er sich ebenfalls für eine Übernahme der Ausbildungsumlage im stationären Bereich aus. Jürgen Keck setzt sich für weitere Verbesserungen in der Alten- und Krankenpflege für die Betroffenen und Pflegenden ein.

Sahra Mirow von der Partei DIE LINKE: „Wir müssen wieder soziale Gerechtigkeit herstellen.“ Zum Thema Pflege hält sie fest: „Natürlich brauchen wir eine Pflegevollversicherung an dieser Stelle.“ Das ist auch machbar, wenn man alle Einkommen für die Finanzierung miteinbezieht. Aus Ihrer Sicht schreitet der Abbau des Sozialstaates seit Jahrzehnten voran. „Gleichzeitig hat man einen Teil der Rente teilprivatisiert mit Riester und das ist natürlich ein Riesenproblem“, so Sahra Mirow. Das ging zu Lasten der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Folglich fordert DIE LINKE eine Stärkung der gesetzlichen Rente. „Wir müssen die alte Rentenformel wiederherstellen“, appelliert die Politikerin. „Damit man nach 45 Jahren eine Rente über Grundsicherungsniveau hat, braucht es eine Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12 Euro. Dieser muss natürlich auch flächendeckend eingeführt werden“. Sie bemängelte, dass das Land Baden-Württemberg bei der Vergabe von Aufträgen einen viel zu geringen Mindestlohn anlegt und die öffentliche Hand sehr viele neue Arbeitsverträge befristet. An dieser Stelle gilt es, das „Tariflohntreuegesetz weiterzuentwickeln“.

Am Ende der Diskussion bedankte sich Susanne Wenz bei allen Beteiligten und auch bei den Zuschauern. Die zahlreichen Rückmeldungen und Kommentare der Zuschauer*innen zu Altersarmut, Rente, Pflege, Bildung/Chancengerechtigkeit und guter Arbeit wurden während der Veranstaltung von Bündnis-Koordinatorin Karin Grimm (ver.di Baden-Württemberg) gesammelt und abschließend in komprimierter Form wiedergegeben. Die Fragen der Teilnehmenden werden im Nachgang an die Politiker*innen weitergeleitet, mit der Bitte um Beantwortung. Die Antworten werden dann auf der Bündnishomepage veröffentlicht.

*Wir bedanken uns für die Dokumentation bei
Dr. Silvan Siefert
(Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.)*